

VOLLBESCHÄFTIGUNG

Die dritte Garnitur

Vor dem Arbeitsamt des 11 000-Seelen-Städtchens Cham im Bayrischen Wald warteten 90 Männer im Alter zwischen 17 und 40 Jahren darauf, einzeln ins Zimmer des Amtsvorstehers gerufen zu werden. Dort wurden sie von einer Dreierkommission gepflegter Herren mit der Frage empfangen, ob sie willens und fähig seien, im 250 Kilometer entfernten Neckarsulm bei den NSU Werken zu arbeiten.

Daß die schwäbische Großfirma mit rund 7000 Beschäftigten ihren Personalchef August Rappold mit zwei Assistenten auf Reisen schickt, um ungelernte Arbeiter für die Herstellung von Motorfahrzeugen anzuwerben, hat einen simplen Grund: Ende Juli erreichte die Zahl der bundesdeutschen Arbeitslosen mit 210 460 ihren bisher absolut niedrigsten Stand.

Während die volkswirtschaftliche Theorie schon bei einer Arbeitslosenquote von drei Prozent aller Beschäftigten den Zustand der Vollbeschäftigung erreicht sieht, konnte Anton Sabel, Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg, jetzt eine Quote von 1,1 Prozent melden. Die Zahl der offenen Stellen lag mit 341 200 weit über der Zahl der Arbeitslosen.

So ist der Kampf um Arbeiter zu einer aufreibenden Dauerbeschäftigung geworden, in die sich Personalverwaltungen großer Industrieunternehmen genauso verstrickt sehen wie kleinere Betriebe mit nur wenigen Beschäftigten.

August Rappold begann vor einem halben Jahr mit seiner „fliegenden Einstellungskommission“ jene Gebiete abzuklappen, in denen noch am ehesten mit einem einigermaßen erfolgreichen Fischzug zu rechnen ist: die verkehrsfernen und industriearmen Zonen, Westdeutschlands. Er mietete sich in dem Textilstädtchen Nordhorn an der holländischen Grenze ein, besuchte Wilhelmshaven, die Flecken des Bayrischen Walds, das niederbayrische Dingolfing und stocherte überall im Bodensatz des westdeutschen Arbeiterreservoirs herum.

Selbst bei so emsiger Bemühung war jedoch nicht mehr viel zu holen. Von den 90 NSU-Aspiranten in Cham standen schließlich nur noch elf auf Rappolds Beutelliste. Der bayrische Streifzug erbrachte insgesamt knapp 30 neugeworbene NSU-Rekruten, ein Ergebnis, mit dem die Kommission noch recht zufrieden war. Resigniert Rappold: „Arbeitskräfte sind eben Mangelware.“

August Rappold und seine Jagdgenossen haben längst erfahren müssen, daß unter den Arbeitslosen nur ein vergleichsweise geringer Prozentsatz für Industriearbeit zur Verfügung steht. In der für Ende Juni angegebenen Gesamtzahl von 255 395 war zum Beispiel eine Gruppe von rund 70 000 arbeitslosen Angestellten enthalten. Sie kommen für Industriearbeit nur sehr bedingt in Frage, wie auch die 75 000 stellungslosen Arbeiterinnen etwa für die Metallindustrie kaum zu verwenden waren.

12 000 der arbeitslos gemeldeten Arbeiter gelten überdies als „langfristig arbeitslos“, das heißt, sie waren in den letzten zwei Jahren nicht länger als drei Monate beschäftigt. Auch diese Gruppe, die sowohl „Leistungsgeminderte“ wie auch Arbeitscheue enthält, ist für den industriellen Arbeitsmarkt kaum von Nutzen. Schließlich machen selbst die Arbeitsämter kein Hehl daraus, daß unter den jetzt noch unbeschäftigten Arbeitern die „dritte Garnitur“ stark vertreten ist, mit der die Industrie nicht viel anfangen kann.

So wies denn auch das Fähnlein der 90, das zur Musterung in Cham erschienen war, nur elf wirkliche, amtlich registrierte Arbeitslose auf. Die übrigen waren in Lohn und Brot und hatten sich von einem Werbezettel der NSU-Leute am Schwarzen Brett des Arbeitsamtes anlocken lassen.

Damit geriet auch Personalchef Rappold, obwohl er mit den Arbeitsämtern zusammenarbeitet, in den Bereich der Abwerbung. Andere Firmen, wie etwa die Stuttgarter Unternehmen Daimler-Benz und Bosch, haben ebenso wie NSU feststellen müssen, daß heute die „überregionale Arbeitsvermittlung“ nach dem braven Rezept der Arbeitsämter gegenüber den Methoden der Abwerbung nur wenig Chancen bietet.

Vor allem die Bauindustrie nutzt ihre in der Hochsaison gutgefüllten Kassen, um mit saftigen Lohnangeboten Arbeiter aus anderen Unternehmen herauszulocken. Bei den Werbegesprächen in Cham wurde den NSU-Leuten versichert, daß die keineswegs

wurde wie heute, haben Sabels Statistiker die erstaunliche Feststellung gemacht, daß etwa die Hälfte der 20 Millionen westdeutschen Beschäftigten im Laufe eines Jahres den Arbeitsplatz wechselte.

Damit gerät die ehrwürdige Auffassung ins Wanken, der deutsche Arbeiter sei von seinem einmal gewählten Arbeitsplatz kaum wieder zu trennen. Vielmehr haben sich jetzt auch in Westdeutschland die Arbeiter den Gegebenheiten und Möglichkeiten der hochtechnisierten Wirtschaft angepaßt, die ständig Arbeitskräfte freisetzt, gleichzeitig neuen Bedarf nach Arbeitskräften entstehen läßt und einen elastischen Arbeitsmarkt voraussetzt.

Die ungewohnte Mobilität der Arbeitskräfte erweist zudem, daß die direkte oder latente Abwerbung — etwa durch hohen Sozialaufwand der Betriebe — längst zum eigentlichen „Vermittler“ auf dem Arbeitsmarkt geworden ist. An den Arbeitsämtern geht die Massenwanderung von Job zu Job im wesentlichen vorbei.



NSU-Werber Rappold (l. Arbeitsamts-Vertreter, r. NSU-Betriebsrat): Leere Kartei

kleinlichen Neckarsulmer Offerten weit hinter den Angeboten der Bauindustrie zurücklagen: Dort waren „Auslösungen“, sprich Aufschläge, von drei bis sechs Mark über Tariflohn an der Tagesordnung.

Auch die übrige Industrie geht keineswegs überall den schmalen Tugendpfad der Arbeitsvermittlung. VW-Nordhoff beispielsweise verringerte in seinem neuerrichteten Kasseler Zweigwerk die Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden und holte damit den Henschel-Werken und anderer örtlicher Industrie die Leute weg (SPIEGEL 26/1959). Bei den Pfälzischen Plastic-Werken in Frankenthal, die per Zeitungsannonce Fach- und Hilfskräfte in großer Zahl gesucht hatten, als sie im Badischen einen neuen Zweigbetrieb eröffnen wollten, entdeckten die mißtrauischen Unternehmerkollegen eine besonders robuste Abwerbungstaktik: Das Unternehmen bot Löhne, die um durchschnittlich 100 Prozent über Tarif lagen.

Solche Methoden bergen zwar die Gefahr eines allgemeinen Lohnanstiegs in sich, haben jedoch auch eine durchaus erfreuliche Folge gezeigt: Die westdeutschen Arbeiter sind in einem bislang ungewohnten Maße beweglich geworden. Schon für die letzten zwei Jahre, als der Kampf um die Arbeitskräfte noch nicht so hektisch geführt

An einer anderen Quelle allerdings haben sich die Arbeitsämter einen Platz sichern können: Der Flüchtlingsstrom aus Mitteldeutschland, der im ersten Halbjahr 1959 rund 40 000 neue Kräfte lieferte, läuft zum größten Teil durch ihre Amtsstuben, während die Personaljäger der Industrie keinen Zugang zu den Notaufnahmелagern haben. Indes wirken die Beamten hier lediglich als Statisten mit, da die ankommenden Zonenarbeiter ihnen blindlings weggagiert werden.

So ist denn inzwischen Anton Sabel schon bemüht, die Existenzberechtigung seines behördlichen Vermittlungsapparats auf recht abgelegenen Gebieten zu erweisen. Die Bundesanstalt hat beispielsweise im norditalienischen Verona eine Außenstelle eingerichtet, die in diesem Jahr bislang 15 000 Italiener über die Alpen geholt und in westdeutsche Arbeitsstellen gebracht hat. Weitere 10 000 kamen auf eigene Faust.

Angesichts ihrer leeren Karteikästen bleibt den Arbeitsämtern im allgemeinen nur jene Resignation, die auch den Amtsleiter in Cham zu seinen Besuchern aus Neckarsulm sagen ließ: „Kommen Sie im Spätherbst noch einmal wieder. Vielleicht haben wir dann etwas für Sie.“